

## 33 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Nachdruck vom 20. 12. 1994

# Regierungsvorlage

### **Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Estland über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen**

Die Republik Österreich und die Republik Estland, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
- im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
- in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
- ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
- im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

#### **Artikel 1**

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

#### **Artikel 2**

(1) Die Republik Österreich und die Republik Estland behandeln einander nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

#### **Artikel 3**

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß insbesondere in folgenden Bereichen Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen,
- Technologie- und Know-how-Transfer, angewandte Forschung, industrielle Dienstleistungen,

- Land- und Forstwirtschaft, Agrar- und Forsttechnik, landwirtschaftliche Maschinen und Ausrüstungen,
- Agro- und Lebensmittelindustrie; Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen einschließlich Rüstungskonversion,
- Textilindustrie einschließlich Bekleidungsindustrie,
- Holzbe- und -verarbeitende Industrie, Papier- und Zelluloseindustrie,
- Metallurgie und metallverarbeitende Industrie, Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hüttenwerks- und Metallurgietechnik,
- chemische Industrie einschließlich Erzeugung von Dünge- und Pflanzenschutzmittel, Produktion und Vermarktung von Chemikalien,
- Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Vermarktung von mineralischen Rohstoffen einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmärkten,
- Bergbau,
- Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Transport und Vermarktung von Energieträgern,
- Ausbau und Revitalisierung des Kraftwerks- und Hochspannungsleitungsnetzes, Energielieferungen,
- Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz,
- Produktion von Baumaterialien,
- Gesundheitswesen, medizinische und pharmazeutische Industrie,
- finanzielle und Bankdienstleistungen,
- Berufsausbildung und Managementschulung,
- Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren, Austausch von Wirtschaftsmissionen und Experten.

(3) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

#### **Artikel 4**

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Energie,
- Straßenbau,
- Recycling und Abfallverwertung,
- Transportwesen,
- Eisenbahn,
- Luftfahrt,
- Schifffahrt,
- Telekommunikation,
- Wasserwirtschaft.

#### **Artikel 5**

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und fachliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des qualitativen Tourismus erfolgen.

#### **Artikel 6**

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Estland erfolgt in Übereinstimmung mit den in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

## 33 der Beilagen

3

**Artikel 7**

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

**Artikel 8**

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

**Artikel 9**

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

**Artikel 10**

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften und auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen fördern die Vertragsparteien

- a) die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- b) die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

**Artikel 11**

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

**Artikel 12**

Auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien wird eine „Gemischte Kommission“ nach Österreich oder nach Estland einberufen, um die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu erörtern, Möglichkeiten zu deren Weiterentwicklung aufzuzeigen sowie gegebenenfalls Lösungsvorschläge für aktuelle, sich aus dem vorliegenden Abkommen ergebende Fragen zu erstellen.

**Artikel 13**

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG)

oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

#### **Artikel 14**

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens verliert der „Handelsvertrag zwischen der Republik Österreich und der Estländischen Republik“ vom 11. Dezember 1928 einschließlich „Schlußprotokoll“ seine Wirksamkeit.

Geschehen zu Wien, am 26. April 1993, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und estnischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Wolfgang Schüssel**

Für die Republik Estland:

**Toomas Sildmäe**

**EESTI VABARIIGI**  
**JA AUSTRIA VABARIIGI VAHELINE**  
**KAHEPOOLSETE VÄLISMAJANDUSSUHETE**  
**LEPING**

Eesti Vabariik ja Austria Vabariik, edaspidi nimetatud kui "lepingupooleid",

- juhindudes soovist tugevdada olemasolevaid kahepoolseid välismajandussuhteid,
- püüdes edendada kaubavahetust ning majanduslikku , tööstuslikku, tehnilist ja teaduslik-tehnilist koostööd võrdsuse ja vastastikuse kasu alusel,
- veendumuses, et uus kokkulepe kahepoolsete välismajandussuhete kohta loob soodsad eeldused ning soodsa aluse kahepoolsete välismajandussuhete edasiarendamiseks,
- lähtudes turumajanduse põhimõtetest
- kooskõlas mõlemas riigis kehtiva seadusandlusega,

on kokku leppinud järgnevas:

**A r t i k k e l 1**

Lepingupooleid kohustuvad oma kehtiva seadusandluse raamides hõlbustama ja soodustama mõlema riigi ettevõtete, organisatsioonide, ühingute ja asutuste, järgnevalt nimetatud kui "ettevõtted", vahelisi kahepoolseid välismaajandussidemeid.

**A r t i k k e l 2**

- (1) Eesti Vabariik ja Austria Vabariik käsitlevad teineteist enamsoodustuse põhimõttel tolli- ja muude maksude, samuti nende tolli- ja muude vormistamismenetluse suhtes, mida rakendatakse kaupade sisse- ja väljaveo puhul.
- (2) Lepingupooleid on ühel nõul selles, et enamsoodustus ei kehti kontsessioonide, soodustuste või vabastuste kohta, mida üks lepingupooltest on andnud või annab:
  - a) naaberriikidele piirikaubanduse hõlbustamiseks,
  - b) riikidele, kes kuuluvad koos temaga juba olemasolevasse või tulevikus loodavasse tolliliitu või vaba- või eeliskaubandustsooni,
  - c) kolmandatele riikidele mitmepoolsete kokkulepete rakendamisel, millest teine lepingupool osa ei võta.

**A r t i k k e l 3**

- (1) Lepingupooleid hakkavad oma võimaluste piires vastavalt antud riikides kehtivale seadusandlusele edendama majanduslikku, tööstuslikku, tehnilist ja teaduslik-tehnilist koostööd.
- (2) Lepingupooleid on ühel nõul selles, et järgmistes valdkondades on olemas eriti sobivad koostöövõimalused:

## 33 der Beilagen

7

- ühissettevõtete loomine ning otsesed investeeringud,
- tehnoloogiate ja oskusteabe vahetamine, rakenduslikud uurimused ja tööstusteenused,
- põllu- ja metsamajandus, põllu- ja metsamajandustehnika, põllumajandusmasinad ja -seadmed,
- põllumajandus- ja toiduainetetööstus; põllumajandustoodete töötlemine ja säilitamine,
- olemasolevate seadmete taastamine, moderniseerimine, ümberehitamine ja automatiseerimine, k.a. nende ümberprofileerimine endistes sõjatööstusele spetsialiseerunud ettevõtetes,
- tekstiilitööstus, k.a. õmblustööstus,
- metsatööstus ja puitu töötlev tööstus, paberi- ja tselluloositööstus,
- metallurgia ja metalli töötlev tööstus, koostöö metallurgiakombinaatide ja metallurgiatehnika alal,
- keemiatööstus, sealhulgas väetiste ja taimekaitsevahendite valmistamine; kemikaalide tootmine ja turustamine,
- mineraalsete toorainete otsimine, kaevandamine, töötlemine ning turustamine, sealhulgas koostöö kolmandate riikide turgudel,
- mäeasjandus,
- energiaallikate otsimine, saamine, töötlemine transport ja turustamine,
- elektriijaamade- ja kõrgepingeliinidevõrgu väljaehitamine ja uuendamine, energiatarned,
- keskkonna-, loodus- ja maastikukaitse,
- ehitusmaterjalide tootmine,
- tervishoid, meditsiini- ja farmaatsiatööstus,
- finants- ja pangandusteenused,
- erialane väljaõpe ja juhtide koolitus,
- messide, näituste ja seminaride organiseerimine ja läbiviimine, majandusdelegatsioonide ja ekspertide vahetus.

(3) Kõikides koostöövaldkondades tuleb projektid ellu viia vastavalt keskkonnatehnoloogia kõige kõrgematele standarditele.

**A r t i k k e l 4**

Olles teadlikud majanduslikult otstarbekate ja ökoloogiliselt lubatavate infrastruktuuri süsteemide realiseerimise häda- vajalikkusest, pühendavad lepingupartnerid suurimat tähele- panu koostööle järgmistes valdkondades:

- energiamajandus,
- teedehitus,
- jäätmete töötlemine ja nende ära kasutamine,
- transport,
- raudteeliiklus,
- õhuliiklus,
- laevaliiklus,
- side ja telekommunikatsioonid,
- veemajandus.

**A r t i k k e l 5**

Lepingupooled on ühel nõul selles, et turism saab oluliselt kaasa aidata kahepoolsete välismajandussidemete süvendamisele.

- (1) Vastavalt riigis kehtivale seadusandlusele ning tuginedes ÜRO 1963. a. Rooma turismi ning rahvusvaheliste reise alase konverentsi soovitustele, samuti 1985.a. Sofia "Turismihartale ja turistidekoodeksile" edendavad mõlemad lepingupooled turismi.
- (2) Turismiprojektide ning vastava infrastruktuuri väljaehitamise alane majanduslik, tööstuslik, tehniline, teaduslik-tehniline ja ametialane koostöö peab toimuma keskkonnakaitse ja kvalitatiivse turismi põhimõtete järgi.

**A r t i k k e l 6**

Eesti Vabariigi ja Austria Vabariigi vaheline arveldus toimub kooskõlas kummaski riigis parajasti kehtivate õigussätetega vabalt konverteeritavas valuutas.

**A r t i k k e l 7**

- (1) Käeoleva lepingu raamides toimuvat kaubavahetust ning majanduslikku, tööstuslikku, tehnilist ja teaduslik-tehnilist koostööd teostatakse kaubanduslikel alustel.
- (2) Mõlema riigi ettevõtete vaheline kaubandus toimub turuhindades.

**A r t i k k e l 8**

- (1) Lepingupooled alustavad konsultatsioone, kui lepingupoolte vahelises kaubanduses tuuakse mõnda kaupa sisse sellistes kogustes, selliste hindadega või sellistel tingimustel, et siseriiklikele sarnaste või otseselt konkureerivate kaupade tootjatele tekitatakse või ähvardatakse tekitada tõsist kahju.
- (2) Kui lepingupooled jõuavad konsultatsioonide käigus üksmeelsele otsusele, et tegemist on lõigus 1 nimetatud olukorraga, siis piiratakse eksporti või võetakse tarvitusele muud abinõud kahju ärahoidmiseks või kõrvaldamiseks.
- (3) Kui lepingupooled ei saavuta üksmeelt, siis võib konsultatsioone taotlenud lepingupool antud kaupade importi nii palju ja nii kaua piirata, kui on vajalik kahju ärahoidmiseks või kõrvaldamiseks. Teisel lepingupoolel on vastavalt õigus oma kohustustest esimese lepingupoole suhtes võrdväärse kaubandusliku mahu võrra kõrvale kalduda.

10

33 der Beilagen

- (4) Juhul kui viivitus põhjustaks tõsist kahju, võib ajutised abinõud tarvitusele võtta ilma eelnevate konsultatsioonideta. Sellisel juhul teatab esialgsed abinõud tarvitusele võtnud lepingupool sellest viivitamatult kirjalikult teisele lepingupoolele. Seejärel tuleb koheselt alustada konsultatsioonidega.
- (5) Käesoleva artikliga kooskõlas olevate abinõude valikul eelistavad lepingupooled abinõusid, mis käesoleva lepingu edasikehtimist kõige vähem kitsendavad.

#### A r t i k k e l 9

Lepingupooled mõistavad väikeste ja keskmise suurusega ettevõtete suurema osavõtu kasulikkust ja vajalikkust kahepoolsetes välismajandussuhetes.

#### A r t i k k e l 10

- (1) Lepingupooled soovivad ettevõtetele vaidluste lahendamiseks üksmeelseid sõbralikke lahendusi.
- (2) Mõlemas riigis kehtiva seadusandluse raames ning tulenevalt lepingulistest kokkulepetest ettevõtete vahel soodustavad
- a) lepingupooled kaubandus- ja koostöötehingutega, samuti ühisettevõtete asutamisega ning lepingupoolte ettevõtete vaheliste otseinvesteeringutega seotud vaidlusküsimuste lahendamist vahekohtute kaudu,
  - b) ÜRO rahvusvahelise kaubandusõiguse komisjoni (UNCITRAL) poolt väljatöötatud vahekohtureeglite kasutamist ning sellise riigi vahekohtu kaasamist, kes on alla kirjutanud 1958.a. New York'is sõlmitud välismaiste kohtuotsuste tunnustamise ja täideviimise kokkuleppele.

**A r t i k k e l 1 1**

Käesoleva lepingu lõppemine või muutmine ei mõjuta tema kehtimise ajal mõlema riigi ettevõtjate poolt endale võetud õiguslikke kohustusi.

**A r t i k k e l 1 2**

Lähtudes ühe või teise lepingupoole soovist, kutsutakse kas Eestis või Austrias kokku vastav "segakomisjon", kes uurib kahepoolseid välismajandussuhteid, toob välja nende edasiarenemisvõimalused ning teeb ettepanekuid käesoleva lepinguga seotud aktuaalsete küsimuste lahendamiseks.

**A r t i k k e l 1 3**

- (1) Ühe või mõlema lepingupoole osaledes Euroopa Majandusruumis (EMR) või liitudes Euroopa Ühendustega (EÜ) või mõne nendest lähtuva organisatsiooniga, ei ole lepingupoolel käesoleva lepinguga seotud sedavõrd, kuivõrd ta on kokkusobitamatu uuest ühendusest tuleneva õigusliku seisundiga.
- (2) Sellisel juhul määravad lepingupoolel ühiselt ära käesoleva lepingu kehtima jäävad sätted.

**A r t i k k e l 1 4**

- (1) Käesolev leping sõlmitakse üheks aastaks ja see pikeneb taas ühe aasta võrra, kui ükski lepingupoolest pole kolm kuud enne selle kehtivuse tähtaja lõppemist diplomaatilisi kanaleid kaudu seda kirjalikult tühistanud.
- (2) Käesolev leping jõustub kolmanda kuu esimesel päeval, mis järgneb kuule, mil lepingupoolel teineteisele on teatanud, et nende vastavad siseriiklikud eeldused selle lepingu

12

33 der Beilagen

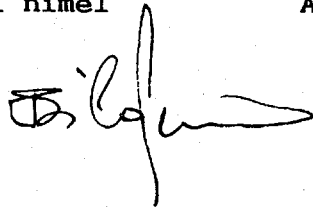
jõustumiseks on täidetud.

- 3) Käesoleva lepingu jõustumisega kaotab "Kaubandusleping Eesti Vabariigi ja Austria Vabariigi vahel." 11. detsembrist 1928.a. kaasa arvatud "Lõpp-protokoll" oma kehtivuse.

Sõlmitud... *Viin*, *26. 04.*.....19*28* kahes originaalis eesti ja saksa keeles, kusjuures mõlemad tekstid on vordselt autentsed.

Eesi Vabariigi nimel

Austria Vabariigi nimel



## VORBLATT

### **Problem:**

In Hinblick darauf, daß der Handelsvertrag zwischen der Republik Österreich und der Estländischen Republik, der mit der Wiedererlangung der Souveränität Estlands wiederaufgelebt ist, nur den Warenaustausch geregelt hat und unadministrierbar und obsolet geworden ist, ergab sich die Notwendigkeit der vertraglichen Neuregelung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Staat. Die Republik Estland ist noch nicht Vertragspartner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT).

### **Ziel:**

Mit dem Abkommen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen soll einerseits der bilaterale Warenverkehr und andererseits auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Republik Estland geregelt und ausgeweitet werden.

Durch das Abkommen räumen die Republik Österreich und die Republik Estland einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben im Umfang von Art. I und V Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ein.

### **Alternative:**

Nichtabschluß des Abkommens und formelle Weitergeltung des seinerzeit mit der Estländischen Republik abgeschlossenen „Handelsvertrag vom 11. Dezember 1928“, welcher inzwischen unadministrierbar, obsolet und mit dem nunmehrigen österreichischen Rechtsvorschriften unvereinbar geworden ist bzw. Kündigung des Handelsvertrages und somit ein vertragsfreier Zustand im wirtschaftlichen Bereich.

### **Kosten:**

Das Abkommen kann im Rahmen der bestehenden Administration verwaltet werden. Durch die im Abkommen vorgesehene Errichtung einer „Gemischten Kommission“ werden keine nennenswerten Mehrkosten entstehen.

### **EWR- bzw. EG-Kompatibilität:**

Im Abkommen ist vorgesehen, daß mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) jene Bestimmungen des Abkommens ihre Bindungswirkung für die Vertragsparteien verlieren, die mit dem neuen Rechtsbestand unvereinbar sind. Es entfällt somit die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Jene Bestimmungen, die mit dem neuen Rechtsbestand vereinbar sind, werden in einer Bestandsaufnahme durch die Vertragsparteien als weitergeltend identifiziert.

Die in den Art. 3 und 4 des vorliegenden Abkommens vorgesehene Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Bereich, so vor allem durch die Definition chancenreicher Kooperationsbereiche und Projekte, stellt eine notwendige Ergänzung der wirtschaftsvertraglichen Beziehungen zwischen den EG und Estland unter bewußter Inanspruchnahme des autonomen Regelungsbereiches dar.

## Erläuterungen

### Allgemeiner Teil

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Estland über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen enthält — wegen Einräumung der Meistbegünstigung an ein Nicht-GATT-Mitglied — gesetzändernde Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat keinen politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Einer Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz bedarf es nicht, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen.

Dieses Abkommen soll den seinerzeit mit der Estländischen Republik abgeschlossenen „Handelsvertrag vom 11. Dezember 1928“, welcher nur den Warenaustausch geregelt hat und nunmehr unadministrierbar, obsolet und mit den derzeitigen österreichischen Rechtsvorschriften unvereinbar geworden ist, ersetzen und „eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen“ (Präambel) schaffen.

Obwohl Estland nicht Mitglied des GATT ist, sieht das Abkommen, in Würdigung und zur Unterstützung der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Reformbestrebungen, die Einräumung der „Meistbegünstigung“ im Umfang von Artikel I und V GATT vor.

„Von marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgehend“ (Präambel) wird dieses Abkommen nicht nur den Warenaustausch, sondern auch die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit regeln.

Zu dem im Abkommen wiederholt vorkommenden Begriff „technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ wird festgehalten, daß in der estnischen Sprache traditionell „technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ als Synonym für „angewandte Forschung“ gebraucht wird. In diesem Sinn wurde gegenüber der estnischen Seite klargestellt, daß in den vorliegenden Bestimmungen nur Kompetenzen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten berührt sind.

### Besonderer Teil

#### Zur Präambel:

Neben allgemeinen Zielsetzungen, wie dem Wunsche nach Intensivierung der bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen sowie dem Bestreben den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zu fördern und dem Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ist auch ein Rechtsvorbehalt zugunsten der „im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften“ verankert.

#### Zu Artikel 1:

In Fortführung des Bekenntnisses zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen wird generell die Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den „Unternehmen“ beider Staaten festgelegt.

#### Zu Artikel 2 (gesetzändernd):

Die Vertragsparteien gewähren einander im Abs. 1 die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Im Abs. 2 sind die Ausnahmen vom Grundsatz der Meistbegünstigung festgelegt.

## 33 der Beilagen

15

**Zu Artikel 3:**

Beispielhafte Anführung chancenreicher Kooperationsbereiche, wobei als Maßstab die „höchsten Standards der Umwelttechnologien“ normiert sind.

**Zu Artikel 4:**

Höchstes Interesse soll der Zusammenarbeit in den angeführten Infrastrukturbereichen gewidmet werden, in Hinblick auf die Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme.

**Zu Artikel 5:**

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Tourismus im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie der gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien.

Die Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf die Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

**Zu Artikel 6:**

Der Zahlungsverkehr zwischen Österreich und Estland soll in frei konvertierbarer Währung erfolgen.

**Zu Artikel 7:**

Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten soll zu marktgerechten Preisen auf kommerzieller Basis erfolgen und ist in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsbräuchen und Finanzpraktiken möglich.

**Zu Artikel 8:**

Zur Vermeidung von Störungen am Inlandsmarkt sowie zum Schutz der inländischen Hersteller vor schwerwiegenden Schädigungen ist bei auftretenden Schwierigkeiten im bilateralen Handel zunächst durch die Aufnahme von Konsultationen eine gemeinsame Lösung anzustreben. Wird in den Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann die betroffene Vertragspartei einseitige Maßnahmen setzen, soweit diese zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich sind, wobei die andere Vertragspartei dann ihrerseits die Möglichkeit hat, von ihren Verpflichtungen für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

Abs. 4 bietet die Möglichkeit der Ergreifung vorläufiger Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen in Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde.

Für die Auswahl der Maßnahmen gilt das Prinzip des jeweils gelindesten Mittels.

**Zu Artikel 9:**

Beiderseitiges Bekenntnis der Notwendigkeit der stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

**Zu Artikel 10:**

Die Beilegung von Streitfällen zwischen den Unternehmen beider Staaten soll primär durch freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen erfolgen. Die Vertragsparteien werden die Streitbeilegung durch Schiedsgerichte und die Anwendung der UNCITRAL-Schiedsregeln fördern.

**Zu Artikel 11:**

Abkommensänderungen oder der Ablauf seiner Gültigkeit sollen auf die Abwicklung vorher abgeschlossener Unternehmensverträge keinen Einfluß haben.

**Zu Artikel 12:**

Als höchstes bilaterales Wirtschaftsforum wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder nach Estland einberufen wird.

**Zu Artikel 13:**

Für den Fall der Teilnahme zumindest einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) ist vorgesehen, daß die Vertragsparteien durch das vorliegende Abkommen insofern nicht gebunden sind, als die bestehenden Verpflichtungen mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand unvereinbar sind. Mit dieser Bestimmung entfällt die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Die Weitergeltung der Bestimmungen des Abkommens, die nicht vom EWR- bzw. vom EG-Rechtsbestand erfaßt sind, erfolgt durch die gemeinsame deklaratorische Feststellung der Vertragsparteien.

**Zu Artikel 14:**

Die Geltungsdauer des Abkommens wird mit einem Jahr festgelegt, mit automatischer Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate jeweils vor Ablauf der Gültigkeit des Abkommens.

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens soll gleichzeitig der seinerzeit mit der Estländischen Republik geschlossene Handelsvertrag vom 11. Dezember 1928 seine Wirksamkeit verlieren.